FDP Waldeck-Frankenberg

THEMEN REICHEN VON KITZRETTUNG BIS JAGDSTEUER

19.08.2026

Vertreter der FDP haben sich mit der Jägervereinigung Frankenberg ausgetauscht

Waldeck-Frankenberg – Ob Kitzrettung, Jungjägerausbildung oder Wildtiermanagement: Die Aufgaben der Jägerschaft sind vielfältig. Zu einem jagdpolitischen Austausch hatte die Jägervereinigung Frankenberg Vertreterinnen und Vertreter der FDP auf ihren Schießstand eingeladen. Das teilte die Fraktionsvorsitzende der FDP im hessischen Landtag, Wiebke Knell, mit.

Die Jägervereinigung Frankenberg vertritt mit fast 450 Mitgliedern die Interessen der Jägerschaft im Gebiet des Altkreises Frankenberg. Der Vorsitzende der Jägervereinigung, Jens P. Tripp, stellte die vielfältigen Aufgaben des Vereins vor und erläuterte die Bedeutung der jagdlichen Ausbildung sowie des ehrenamtlichen Engagements für Natur- und Artenschutz.

Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Arbeitsgruppe zur Kitzrettung der Jägervereinigung konnten in ihrer ersten Saison über 90 Rehkitze vor dem Mähtod retten. Der technische Leiter der Kitzrettung, Finn Kraus, erläuterte die Abläufe der Rehkitzrettung sowie den Einsatz moderner Drohnentechnik. Durch weitere Anschaffungen sei die Kitzrettung ausbaufähig.

„Die Kitzrettung, die Ausbildung des jagdlichen Nachwuchses und die Hege unseres Wildes zeigen, dass die Jägerschaft weit mehr leistet, als viele Menschen wahrnehmen. Es ist wichtig, diese Arbeit bei politischen Entscheidungen mitzudenken", sagte Bastian Belz, Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion.

Diskutiert wurden bei dem Treffen auch die Aussetzung der Jagdsteuer in Waldeck-Frankenberg sowie die kommunale Hundesteuer für nachweislich brauchbare Jagdhunde.

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=16799

Jochen Rube, Kreisvorsitzender der FDP Waldeck-Frankenberg, sprach sich dafür aus, die seit 2021 ausgesetzte Jagdsteuer auch über das Jahr 2027 hinaus nicht wieder zu erheben. Er betonte: „Unsere Jägerinnen und Jäger leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Natur-, Arten- und Tierschutz sowie für die Gesellschaft insgesamt."

„Statt dieses ehrenamtliche Engagement mit Bürokratie und Bagatellsteuern zu belasten, brauchen wir eine Politik, die Verantwortung ermöglicht und nicht erschwert", machte Wiebke Knell abschließend deutlich.

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=16799